

Arbeiterzeitung

Organ der Kommunistischen Partei Deutschlands, Bezirk Schlesien (Sektion der Kommunistischen Internationale)

Verlagspreis: Einzel-Nr. 12.— M. Durch Austräger 60.— M. pro Woche. Durch die Post 80.— pro Monat und Nachzahlung des Differenzbetrages an den Verlag. Redaktionspreis: 6.— 6 Nachm. Produktionsgenossenschaft f. d. Provinz Schlesien, e. G. m. b. H. Breslau, Postfachkonto Nr. 31059. — Fernsprech-Anschluß: Ring Nr. 8887.

Donnerstag, 23. November 1922

Anzeigenpreise: Die 3 gespaltenen Millimeterzeile über breiten Raum 10.— M. Stellen- und Wohnungsangebote, Familiennachrichten, Verträge und Versammlungsankündigungen 200 M. Kleinanzeigen per Wort 1.50 Mark — Kellern: Die Millimeterzeile 3 gespalten über breiten Raum im Text 30.— M.

Diktatur des Kapitals!

Cuno bildet eine bürgerliche Regierung.

Breslau, 22. November 1922.

Sechs Tage hat der Generaldirektor Cuno gebraucht, um ein Kabinett zu bilden. Sechs Tage Hochsaison parlamentarischen Kuhhandels waren notwendig, eine Regierung zusammenzuführen, die wohl den Interessen der deutschen Bourgeoisie entspricht, zugleich aber auch der Sozialdemokratie die Möglichkeit gibt, die Regierung zu unterstützen, ohne von den sozialdemokratischen Arbeitern als Statthalterin des Kapitals sofort erkannt zu werden. Und doch sitzt diese Regierung noch nicht fest im Sattel. Noch spielen die verschiedensten Parteien ihre verschiedenen Agitationskomödien.

Das Kabinett, das Cuno nun endlich zustande gebracht hat, ist

ein Kabinett der Bourgeoisie

Unter dem Deckmantel eines „Geschäftskabinetts“, das „über den Parteien“ stehen soll, hat Cuno dem deutschen Kapital zur Macht verholfen. Ohne von den Parteien bestimmt oder direkt als Parteimänner gewählt zu sein, sind Männer in das neue Kabinett berufen, die der Volkspartei, der Demokratischen Partei und dem Zentrum angehören. Weist Männer der Sozialdemokratie, die es noch besser als die politischen Agitatoren verstehen, die wirtschaftlichen Interessen wahrzunehmen. Die Sozialdemokraten sind nicht mit an der neuen Regierung beteiligt, weil sie es vorläufig noch ablehnen, mit der Volkspartei zusammen zu regieren.

Das neue Kabinett ist ein sogenanntes nichtparlamentarisches Kabinett d. h. die Regierungsmänner haben nicht ohne weiteres die parlamentarischen Parteien hinter sich und schon verkündet, daß die Regierung eine parlamentarische Basis überhaupt nicht für sich hat und Herr Cuno sich auf gut Glück und Gedeihen dem Reichstag präsentieren muß! Das alles ist aber nur ein bewußtes Minenspiel. Der Schlußakt bringt der Bourgeoisie doch den gewünschten Erfolg. Denn das neue Kabinett wird die Unterstützung der Bourgeoisie und damit die der bürgerlichen Parteien hinter sich haben, weil es nichts anders ist als

die Diktatur des Kapitals.

Schon haben die Deutschnationalen erklärt, daß sie dem Kabinett Cuno nicht ablehnend gegenüberstehen. Die Partei Hugo Stinnes, die Deutsche Volkspartei, steht der neuen Regierung gar wohlwollend gegenüber. Das Zentrum will sich noch „freie Hand“ behalten und die Stellungnahme der Demokraten ist eine ähnliche. Diese beiden Parteien, die neben der Sozialdemokratie die prominentesten Vertreter von „Ruhe und Ordnung“ sind, werden des lieben Friedens willen aber wenig Opposition betreiben.

Bleiben also noch die Sozialdemokraten selbst. Die halten sich vorläufig noch etwas hinter dem Berge zurück. In einer Fraktionsitzung wurde lediglich die Stellung der sozialdemokratischen Unterhändler in der Frage des Eintritts in die Regierung gebilligt. In der Sitzung erklärte sich (nach bürgerlichen Meldungen) die Reichstagsfraktion mit 84 gegen 48 Stimmen gegen die große Koalition. Dieses Abstimmungsergebnis wird von der sozialdemokratischen Presse als falsch dementiert, ohne daß jedoch ein richtiges Ergebnis bekannt gegeben wird. Das Genannte dürfte also so ungefähr den Tatsachen entsprechen.

Nach der Breslauer „Volkswacht“ zu urteilen, wird die Sozialdemokratie das neue Kabinett unterstützen,

ohne selbst in der Regierung zu sein. Die „Volkswacht“ schreibt in ihrer Dienstagnummer:

„Aber wir können diese Regierung auch nur stürzen, wenn wir... dafür unsererseits dann die Initiative zur Neubildung übernehmen wollen. In der gegenwärtigen Krise, die auf keinen Fall verlängert werden dürfte... hat sich eine sichere Chance für eine solche sozialdemokratische Initiative noch nicht gezeigt.“

Die „Volkswacht“ will also die neue Regierung nicht gestürzt wissen, obwohl sie selbst der Meinung ist, daß das neue Kabinett nicht nur erheblich schlechter zusammengesetzt sein wird, als das bisherige, sondern auch für das deutsche Volk und insbesondere für die deutschen arbeitenden Klassen ungünstiger regieren wird, als selbst die große Koalition es getan hätte.

Die „Volkswacht“ gesteht also selbst, daß das Kabinett Cuno die arbeitende Klasse Deutschlands noch ungünstiger und schlechter regieren wird, als es selbst die große Koalition getan hätte, die die SPD nicht offen mitzumachen wagte (abgesehen von Preußen, wo Sozialdemokratie und Stinnesvertreter gemeinsam regieren). Trotzdem ist die „Volkswacht“ aber bereit, das Kabinett Cuno zu unterstützen!

Die Bourgeoisie wartet auch schon auf die Unterstützung der SPD. Die „Breslauer Neuesten Nachrichten“ meinen, daß der Beschluß der Sozialdemokraten „tief bedauerlich“ sei und sprachen die Hoffnung aus, „daß die Sozialdemokratie so einsichtig werde, die Aktionstrait des Kabinetts nach außen hin nicht zu gefährden.“

Sie müssen ja wissen, was sie von den Herman Müller, Wiffel und Scheidemann zu hoffen haben.

Es scheint also, daß das Kabinett Cuno im Reichstag doch die nötige Unterstützung finden wird. Zwar hätten die Sozialdemokraten noch die Möglichkeit, die Regierung zum scheitern und den Reichstag zur Auflösung zu bringen. Sie hätten dann mit dem Kampf um die Erhaltung des Achtstundentages eine gute Parole für den Wahlkampf. Doch scheint den Sozialdemokraten das nicht so verlockend, weil sie ganz berechtigt fürchten, eine Neuwahl könnte ihnen, trotz zündender Parole, unangenehme Enttäuschungen bringen. So ziehen sie eben

die Kapitulation vor Stinnes

vor und erklären ihre Bereitschaft, weiter am Schacher ums Fell der deutschen Arbeiter teilzunehmen.

Das Proletariat Deutschlands muß erkennen: Findet das Kabinett Cuno im Reichstag Unterstützung, dann wird das Wiederaufbauprogramm Stinnes' in Erfüllung gehen. Denn dieses Kabinett bedeutet brutale Diktatur der profitgierigen Ausbeuterclique.

Darum müssen die Arbeiter, Angestellten und Beamten sich jetzt zusammenschließen. Sie müssen zeigen, daß sie keine Regierung der Bourgeoisie, sondern eine Arbeiterregierung haben wollen. Alle die Arbeiterinnen und Arbeiter, die festhalten wollen am Achtstundentag, müssen den Kampf führen um eine proletarische Regierung.

Die Bourgeoisie macht die letzten Schachzüge, ihre Diktatur zu errichten.

Das Proletariat muß den Kampf um seine Diktatur wagen.

Stinnes und die Goldmarklöhne.

Stinnes hat in seiner Rede im Reichswirtschaftsrat den Arbeitern die unbezahlte Ueberarbeit bekanntlich schmachhaft zu machen versucht, indem er ihnen Goldlöhne versprach. Um „falsche Auffassungen und Befürchtungen“ seiner Freunde vom Geldjude zu zerstreuen, läßt er durch eine seiner Korrespondenzen erklären, daß bei diesen „Goldlöhnen“ nicht gedacht sei an, am Dollar und dadurch an den Weltmarktpreisen gemessenen Löhne, sondern „an einen stabilen Lohn von der Beständigkeit und Kaufkraft des Friedenslohnes“. Voraussetzung der Zahlung dieses „normalen“ Lohnes sei „normale Arbeitsleistung“.

Die Arbeiter sollen also erst 10—15 Jahre 60 Stunden die Woche zu den jetzigen elenden Löhnen arbeiten, um dann, wenn sie vor Hunger noch nicht verreckt sind, als Belohnung den Friedenslohn zu erhalten.

Dafür werden sich die Arbeiter, Angestellten und Beamten doch bedanken. Im Rahmen der kapitalistischen Wirtschaft gibt es keine Besserung der Lebenslage für das Proletariat.

Kontrolle der Produktion, Arbeiterregierung, Sozialisierung, das sind Meilensteine auf dem Wege, der aus dem Elendsumpf herausführt, in den das Proletariat immer tiefer hinabsinkt trotz des „Wiederaufbaus“.

Zu den Wahlen in Oberschlesien.

Th. A. Breslau, den 21. Nov. 22.

Von all den Parteien, die in Oberschlesien in den Wahlkampf getreten sind, war die Kommunistische Partei die schwächste Partei, sowohl organisatorisch als auch finanziell. All den anderen Parteien standen erprobte, geübte Wahlmaschinen und schier unerschöpfliche Geldmittel zur Verfügung. So hat das Zentrum sich die Wahlen 20 Millionen Mk. kosten lassen. Die SPD hat 5 große Rollen Zeitungspapier — etwa 50 Zentner — allein für Stimmzettel verwendet. All den anderen Parteien stand ferner eine weitverbreitete Presse zur Verfügung. Hinzu kam, daß die bürgerlichen Parteien und die SPD eine große Anzahl von Reichs- und Landtagsabgeordneten im Wahlkampf verwenden konnten. Trotz alledem und alledem ist die KPD die Partei, welche den größten Erfolg für sich buchen kann. Beachtet man ferner, daß in verschiedenen Orten die Stimmzettel der Kommunistischen Partei nicht ausreichten, wie z. B. in Hindenburg, Weiersdorf, Laband, Mikulischuh usw., wo deshalb mehrere tausend Stimmen für die SPD abgegeben wurden, so muß man den Erfolg der KPD noch höher einschätzen. Hatten doch die Unabhängigen im ungeteilten Oberschlesien nur 33 000 Stimmen aufgebracht.

Für die Kommunistische Partei sind bereits mehr als 37 000 Stimmen gezählt worden, obwohl uns die Bürgerlichen und die B. Sozialdemokraten nur einige Tausend Stimmen vorauslagten. Die SPD hatte uns den Rat (!) gegeben, keine eigenen Listen aufzustellen und für die Kandidaten der SPD zu stimmen, weil wir, wenn wir das Gegenteil von dem tun, was sie uns rät, nur die Reaktion stärken! Die Wahlergebnisse werden der SPD betreiben, daß wir ihr hart auf den Fersen sind und sie in einigen Orten überholt haben.

So erhielten wir in Gleiwitz-Stadt 3226 Stimmen und die SPD 3529 Stimmen. Der Vorsprung der Vereinigten beträgt also nur 303 Stimmen.

Bezeichnend ist, daß in Gleiwitz in einem Lokal, wo lediglich Schupo-Beamte wählten, 180 Stimmen für die KPD abgegeben worden sind.

Dort, wo die Mehrheit der Bevölkerung zu 90 und 95 Prozent aus Arbeitern besteht, bleibt die Stimmzahl der SPD vielsach hinter den übrigen zurück. So haben wir z. B. im Tarnowitzer Restkreis 2600, die SPD dagegen nur 1395 Stimmen erhalten.

In Zabrze ist die KPD die stärkste Partei. Dort erhielten:

Kommunisten	3516 Stimmen
SPD	2414
Zentrum	1855
Deutschnational	833
Volkspartei	811
Deutschnationale	274
Demokraten	291
Polen	978

In Tarnowitz in das Wahlergebnis folgendes:

Kommunisten	1136 Stimmen
SPD	985
Polen	1556
Zentrum	889
Dt. Volksp.	772
Demokraten	18
Deutschnationale	108

Out abgeschritten haben wir Kommunisten außerdem in Sosniza, wo wir an zweiter Stelle hinter dem Zentrum marschieren. Die KPD erhielt 484, die SPD 405 Stimmen.

Dasselbe gilt für Matthesdorf, wo die Kommunisten 141 gegenüber 85 sozialdemokratischen Stimmen aufbrachten.

Eine kommunistische Mehrheit ist in Pionow zu verzeichnen. Die Kommunisten erhielten dort 48, die SPD 11, das Zentrum 40, die Deutschnationalen 38, die Polen 11 und die Demokraten 32 Stimmen.

Das selbe Bild ergibt Schieroth. Dort ist die KPD die stärkste Partei.

In Mikulischuh wo das Zentrum dominierte marschieren die Kommunisten mit 1865 Stimmen gegenüber dem Zentrum mit 1251, der SPD mit 1050, den Polen mit 732 und den Deutschnationalen mit 258 Stimmen an der Spitze.

Auch in Fiskupitz ist die Kommunistische Partei die Stärkste. Das Stimmverhältnis ist folgendes:

Kommunisten	1871 Stimmen
SPD	942
Zentrum	1374
Polen	657
Deutschnationale	527

In Beuthen-Land ist die KPD die stärkste Partei nach den Polen. Sie erhielt 4545 Stimmen, 500 weniger als die Polen. Hinter der KPD folgt die SPD mit 4353 und dann das Zentrum mit 4349 Stimmen.

Auch im Tarnowitzer Restkreis haben die Kommunisten nur die Polen über sich, während sie mit ihren 2608 Stimmen bei weitem allen übrigen Parteien voranschreiten. Es folgt das Zentrum mit 1697, die SPD mit 1395 Stimmen usw.

Einen überraschenden Erfolg haben wir Kommunisten in Kreuzburg errungen. Ohne jede Organisation haben wir 1094 Stimmen erhalten, während die SPD mit nur 457 Stimmen vorlieb nehmen mußte.

Dabei war Kreuzburg noch während des Mai-Juni-Aufstandes so nationalitätlich-reaktionär, daß sich dort ein Kommunist nur unter Lebensgefahr sehen lassen konnte.

Im Kreis Hindenburg (Zabrze) erhielten wir über 10 000 Stimmen. Die SPD hat dort nur beßhalb ebenfalls Stimmen ausgebracht wie wir, weil die Stimmzettel

Die Wahlen in Deutsch-Oberschlesien.

Ein großer Erfolg für die KPD.

Das amtliche Wahlergebnis der Wahlen in O.-S. liegt bereits vor. Gewonnen haben bei diesen Wahlen lediglich die Deutschnationalen und die Kommunisten.

Wir haben gestern bereits die Endsummen der Wahlen gemeldet. Nachstehend bringen wir das Ergebnis aus den einzelnen Bezirken. Zum Vergleich legen wir die Ergebnisse der Wahlen zur National- und Landesversammlung im Jahre 1919, soweit sie uns vorliegen, in Klammern dahinter.

Die Abfützungen bedeuten: Z. (Zentrum), D. (Demokraten), DN. (Deutsche Volkspartei), DN. (Deutschnationale), DS. (Deutschnational, „Knüppel-Kunze“), S. (Sozialdemokraten), U. (Unabhängige Sozialdemokraten), K. (Kommunisten), P. (Polen).

Die uns vorliegenden Wahlergebnisse sind folgende:

Oppeln (Stadt). Wahlberechtigt 22.900. Abgegebene Stimmen 16.463. Davon D. 489 (2150), S. 2371 (4895), Z. 6103 (7290), DN. 1207 (1597), DN. 2421 (—), DS. 1224 (—), K. 1397 (—), P. 207 (—).

Oppeln (Land). Wahlberechtigt 87.329. Abgegebene Stimmen 40.529. Davon D. 598 (1377), S. 10.483 (18.102), Z. 12.168 (14.391), DN. 3471 (2021), DN. 1865, DS. 643 R. 2633, P. 8671.

Beuthen (Stadt). Wahlberechtigt 21.285. Abgegebene Stimmen 18.114 (4686). Davon D. 6760 (9053), DN. 2516 (2207), DN. 3013, DS. 1836, K. 1282, P. 1146.

Beuthen (Land). Gültige Stimmen 22.535. Davon D. 316, S. 4363, Z. 4349, DN. 995, DN. 1893, DS. 853, K. 4545, P. 5221. (Kein Vergleich mit 1919 zurzeit möglich, da Kreis durch Senfer Beschluß geteilt.)

Oleśnica (Stadt). D. 1751 (3299), S. 3523 (14.425), Z. 12.421 (9872), DN. 4455 (1787), DN. 3331, DS. 1989, K. 3228, P. 814.

Oleśnica (Land). Wahlberechtigt 59.000. Abgegebene Stimmen 31.000. Davon D. 617 (763), S. 3369 (8868), Z. 13.427 (11.362), DN. 3390 (763), DN. 1403, DS. 388, K. 1714, U. 191, P. 6850. Wahlbeteiligung 54,2 Prozent.

Reiße (Stadt). Wahlberechtigt 19426. Abgegebene Stimmen 13.911. Davon D. 245 (1461), S. 1483 (4206), Z. 7595 (9002), DN. 1832 (1247), DN. 1506, DS. 1087, K. 162. Wahlbeteiligung 71,6 Prozent.

Reiße (Land). Abgegebene Stimmen: D. 283, S. 3000, Z. 17.631, DN. 3334, DN. 1701, DS. 324, K. 598.

Rositten. Wahlberechtigt 22.596. Abgegebene Stimmen 16.497. Davon D. 148 (734), S. 1690 (3625), Z. 10.346 (13.450), DN. 2363 (434), DN. 1593, DS. 299, K. 6, P. 2. Wahlbeteiligung 73,3 Prozent.

Ramskan. (Es handelt sich um einige mittelschlesische Ortschaften, die zum Pleßgebiet gehören. Red.) Abgegebene Stimmen: D. 8, S. 177, Z. 1135, DN. 850, DN. 7, DS. 26, K. 2, P. 2.

Kreuzburg (Stadt und Land). Wahlberechtigt 29.429. Abgegebene Stimmen 22.635. Davon D. 756 (3963), S. 4087 (7610), Z. 3774 (3505), DN. 9180 (6789), DN. 2210, DS. 1483, K. 1044, (U. 1010), P. 93. Wahlbeteiligung 76,9 Prozent.

Rosenberg. Abgegebene Stimmen: D. 120 (478), S. 1985 (6397), Z. 6469 (6343), DN. 3849 (1593), DN. 371, DS. 243, K. 578, P. 2957.

Ratibor und Rybnik Kreisreise zusammen. Wahlberechtigt 36.933. Abgegebene Stimmen 21.631. Davon D. 133, S. 2197, Z. 8406, DN. 3772, DN. 305. Stomrod-Partei (obererschlesisch-katholische) 18, DS. 1551, K. 1052, P. 4187.

Reinhardt. DN. 4147, DN. 3337 (1858), D. 413 (1390), Z. 18.191 (25.604), S. 2898 (12.551), K. 2572, U. 258, DS. 394, P. 1001.

Sattentag. Wahlberechtigt 8246. Abgegebene Stimmen: D. 6, S. 316, Z. 2150, DN. 520, DN. 333, DS. 6, K. 35, P. 770, ungültig 26 Stimmen.

Hindenburg. Wahlberechtigt 61.000. Abgegebene Stimmen: D. 2744, S. 10.995, Z. 11.407, DN. 4129, DN. 3336, Stomrod-Partei (obererschlesisch-katholische) 5, DS. 1920, K. 10.261, P. 4404.

Tarnowitz Kreisreise. Abgegebene Stimmen: D. 54, S. 1395, Z. 1697, DN. 431, DN. 293, DS. 212, K. 2606, P. 3313.

Wohlitzsch. Wahlberechtigt 16.310. Abgegebene Stimmen 16.736. Davon D. 224 (1639), S. 4309 (7582), Z. 21.179 (27.997), DN. 7134 (2103), DN. 1539, DS. 1920, K. 465, P. 217. Wahlbeteiligung 79,4 Prozent.

Wohlitzsch (Land). Wahlberechtigt 22.000. Abgegebene Stimmen 15.950. Davon D. 196, S. 2085, Z. 7157, DN. 3121, DN. 2503, DS. 476, K. 327, P. 79. Wahlbeteiligung 72,5 Prozent. Zwei Bezirke still.

Wohlitzsch (Stadt). Wahlberechtigt 39.966. Abgegebene Stimmen 2.245, S. 3179, Z. 3316, DN. 3335, DN. 1091, DS. 1216, K. 886, P. 7390.

Die Wähler bewiesen, daß wir Kommunisten überall gewonnen haben. Dieses Ergebnis übertrifft sogar die Erwartungen, die unsere Genossen dort hatten.

Die KPD prophezeigte uns, daß wir nur einige Tausend Stimmen abgeben würden. Aus diesen einigen Tausend sind 36.624 Stimmen geworden. Während die Bürgerlichen und die Sozialpartei eine erprobte, gutgehende, geübte Wahlmaschine einsetzten, standen uns nur wenige Kräfte zur Verfügung. Der Erfolg ist auch deshalb um so größer, da wir den Wählern gar keine Versprechungen machten, ihnen vielmehr sagten, daß die Stimmabgabe für die Kommunisten ein Bekenntnis zum härtesten Klassenkampf bedeute.

Die Erklärung der Betriebsräte Düsseldorf läßt die Größe des Betrugs der Bürokraten erkennen. Eine Lehre ziehen die Funktionäre und Vertriebsleute aus diesem Kampf: daß es Zeit wird, mit dieser Gewerkschaftsführung aufzuräumen, wenn die Arbeiter nicht bald die Billigkeit und der Brutalität der Kapitalisten wechsellösung ausgesetzt werden soll.

Rebellion in der KPD.

Wie aus Berlin gemeldet wird, hat nach mehrstündiger Diskussion die Funktionärerversammlung der KPD Berlin, die am 17. November stattfand, eine Entschließung angenommen, die die Reichstagsfraktion anfordert, nur in eine stabile Regierung einzutreten, die die Gewähr für die Fortführung der KPD und die Sicherung des Achtstundentages gibt.

Die Parteileitung der Leipziger KPD nahm folgende Entschließung einstimmig an: Die Parteileitung erklärt sich gegen jede Beteiligung an einer Regierung mit der Stimmabgabe und ist der Auffassung, daß das „Kabinett der Persönlichkeiten“ nur eine verhängte Diktatur der Stimmabgabe werden würde.

Sie erhalten für den Reichstag: Die Zentrumspartei 3, die Deutschnationale Volkspartei 1 und die Vereinigten Sozialisten 1. Für den Landtag: Zentrum 4, die Deutschnationale Volkspartei 1, Vereinigte Sozialdemokratie 1, Polen 1.

Wir Kommunisten werden unter Zugählung der Stimmen von der Reichstagsliste einen Kandidaten durchdrücken. Ebenso die Deutsche Volkspartei.

Zu dem Wahlergebnis schreibt die „Schles. Zig.“:

„Was man von den Wahlen in Oberschlesien gehofft hatte, hat sich erfüllt und zwar in einem Maße, das man kaum voraussehen konnte. Noch keine Wahl in Deutschland hat den „Rud nach rechts“ so deutlich erwiesen wie diese. Für die Deutschnationalen ergibt sich als wichtigstes Ergebnis die glatte Wahl ihres Reichstagskandidaten Pfarrer Wolf, trotz der seitens des Zentrums gegen ihn betriebenen wilden Hehe, die zum Schluß so weit ausartete, daß man Pfarrer Wolf fast unüberbittelt der Unwahrscheinlichkeit zick. Für das Zentrum ist die Wahl ein harter Schlag. Satts es im Jahre 1919 bei der Wahl zur Nationalversammlung nahezu die Hälfte aller Stimmen aufgebracht — es fehlten nur 5000 Stimmen dazu — so bleibt es diesmal in dem stark verkleinerten Oberschlesien, um 30.000 Stimmen hinter der Hälfte zurück. Ueber die Deutschnationale Partei ist die Deutsche Volkspartei getreten, die im Jahre 1919 in Oberschlesien noch fehlte. Die Kellame aber, welche die Partei mit dem Namen des Siegers von Skagerrak trieb, artete schließlich in geradezu amerikanische Formen aus. Deutschnationale und Deutsche Volkspartei haben diesmal in Oberschlesien zusammen über 100.000 Stimmen ausgebracht, also fast soviel als die beiden sozialistischen Parteien, gegen nur 47.000 der Deutschnationalen 1919 im geteilten Oberschlesien.“

Die vereinigte Sozialdemokratie hat einen bedeutenden Stimmenverlust. Dafür haben die Kommunisten, die an Stelle der mit den Mehrheitssozialisten verschmolzenen Unabhängigen getreten sind, einen Zuwachs. Die Demokraten sind völlig bedeutungslos geworden.

Bestimmt gewahrt sind auf Grund der bisher vorliegenden Zahlen für den Reichstag von den Deutschnationalen Pfarrer Wolf, vom Zentrum Pfarrer Ullrich, Gewerkschaftssekretär Erhardt, Landwirt Zippert, von den Sozialdemokraten Redakteur O. Nowitzki, für den Landtag von den Deutschnationalen Arbeitersekretär Straube, vom Zentrum, da der Spitzenkandidat Ullrich verfehlt, Amtsgeschäftsrat Behr, Landwirt Richter, Landgerichtsdirektor Goebel, Schlosser Kreier, von den Sozialdemokraten Arbeitersekretär Franz, von den Polen Pfarrer Wajda.

Daß die Deutschnationalen nicht auf ihre Rechnung gekommen sind, weiß die „Schles. Volkszeitg.“, das Organ der Kath. Volkspartei, zu berichten. Sie schreibt:

„Das Ergebnis der obererschlesischen Wahlen entspricht den Erwartungen, die man in Anbetracht der besonderen Verhältnisse haben mußte. Das Zentrum hat an Stimmen gegenüber den Wahlen vor drei Jahren und zehn Monaten an vielen Stellen etwas (!) verloren. Obwohl das Zentrum einige Zehntausend Stimmen verlor, was es im vaterländischen Interesse zu tragen wissen wird, (!) ist der überante Angriff der anderen deutschen Parteien auf seine übertragende Stellung abgeschlagen worden. Das Zentrum hat beinahe dreimal soviel Stimmen erhalten als die zweitstärkste Partei, die Sozialdemokraten. Diese haben allerdings fast überall sehr stark an Stimmen eingebüßt, besonders in Oleśnica. Die Deutschnationalen, welche mit weitestens zwei Reichsmandaten und drei des Landtages, also 120.000 Stimmen rechnen, haben einen Reichs- und einen Landtagsabgeordneten bekommen. Obwohl sie gegen 1919, wo sie sich in dem verhältnismäßig Oberschlesien nicht so recht hervorwagten, eine verhältnismäßige Verdoppelung der Stimmen zeigen, so sind sie nicht auf die Kosten ihrer fabelhaft kostspieligen, gehässigen und im deutschen Interesse (!) zu bedauernden Propaganda gekommen. Die Verheugung, die sie im Reichs- und Landtag mit Hilfe des neutralen Landbundes, in Kreis, Ratibor mit überpaunten Nationalisten betrieben, die Anzahl der Versammlungen mit Hilfe von Hergt, Ueberschneidau, Aufassowitz und all den vielen anderen deutschnationalen Abgeordneten, die raffische Tätigkeit ihres Katholiken-ausschusses, die zahllosen Inserate und Schmähartikel, all das, diese Hochleistung an Propaganda, hat ihnen einen verhältnismäßig geringen Erfolg gebracht.“

Die Wähler haben nur 19.000 Stimmen weniger als sie, während die Deutsche Volkspartei trotz ihres zugkräftigen Spitzenkandidaten und des Rückgangs der Demokraten nicht ein Reichs- und Landtagsmandat direkt erobern konnte. Wahrscheinlich erhält sie aber wie die stark vermehrten Kommunisten ein Mandat auf der Reichstagsliste.“

Die Wahlen, die uns Kommunisten einen großen Zuwachs brachten, sind für uns nur der Auftakt zu einer andauernden erhöhten Wirksamkeit. Obwohl sich die Zahl der klaffenbewohnten Proletarier und Proletarierinnen vervielfacht hat, zeigen uns gerade diese Wahlen, wie viel uns noch zu tun übrig bleibt.

Auch in Chemnitz rebellieren die SPD-Arbeiter gegen die Beschlüsse der Reichstagsfraktion. Die Chemnitzer Organisation der KPD hat eine Entschließung angenommen, in der protestiert wird gegen die verschleierte Große Koalition unter der Maske des „Kabinetts der Persönlichkeiten“. Sie verlangt von der Reichstagsfraktion schärfste sachliche Opposition gegen eine solche Regierung der Stimmabgabe.

Ein Hilferuf der Kommunisten Italiens.

Die Kommunistische Partei Italiens wendet sich in unserem Pariser Brudervergan, „Humanité“, in einem Aufruf an die italienischen Arbeiter, die in Frankreich und anderen Ländern wohnen, mit der Aufforderung, mit den italienischen Kommunisten aktive Solidarität zu üben und vor allem zugunsten der Opfer des faschistischen Terror und der Wiederaufrichtung der kommunistischen Presse in Italien Geldsammlungen einzuleiten. „Die italienischen Arbeiter und Bauern“ — so heißt es im Aufruf — „zahlen jetzt teuer für die Irrungen ihrer unfähigen Führer. Sie bezahlen teuer die revolutionären Lippenbekenntnisse, die nicht von den nötigen Vorbereitungen zur Revolution begleitet waren. Das Pro-

der Kommunistischen Partei nicht ausreichen und unsere Delegierten-Stimmzettlervertreter einige Tausend Arbeiter auffordern müßten, für die Kandidaten der KPD zu stimmen.

Die Deutschnationalen haben auf mehrere Mandate gerechnet für beide Parlamente. Ebenso die KPD. Das Zentrum hoffte, das Rennen gewinnen zu können.

Die KPD hatte bisher 6 Reichs- und 8 Landtagsabgeordnete und rechnete mit 2-3 Reichs- und 3-4 Landtagsmandaten. All diese Parteien sind nicht auf ihre Rechnung gekommen.

Das Zentrum erhält 3 Reichs- und 5 Landtagsmandate, KPD und die Deutschnationalen erhalten je ein Reichs- und Landtagsmandat. Die Polen erhalten 1 Landtagsmandat.

Die Kommunisten erhalten für den Reichstag keinen obererschlesischen Abgeordneten. Dagegen wird der Gen. Hörnle durch Zuzählung der in O.-S. abgegebenen Stimmen auf die Reichstagsliste in den Reichstag gehen. Die entgültige Entscheidung liegt jedoch bei dem Reichswahlleiter.

Durch Verrechnung mit dem Reststimmen des Landeswahlvorstandes wird voraussichtlich der KPD 1 Landtagsmandat zufallen. Es würde in diesem Falle der Genosse Smol'a gewählt sein.

Für den Provinziallandtag sind vier Genossen bereits als gewählt zu betrachten.

Die KPD hat seit den Wahlen zur Nationalversammlung über die Hälfte ihrer Stimmen verloren. Ein Teil dieser Wähler ist amariert in das Lager der Kommunistischen Partei. Der andere ließ sich von Nationalisten, wie Knüppel-Kunze, einfügen, die ihnen allerhand vorwissenschaftlichen, wenn die KPD an Stimmen verloren hat, so ist das eine Folge ihrer Koalitionspolitik, die den Proleten Not und Glend, den Kapitalisten aber volle Geldsäcke und den führenden KPD-Männern einige gutbezahlte Posten eintrachte.

Wenn es der KPD bisher noch nicht gelungen ist, alle von der KPD und dem Zentrum zurückströmenden Proletarier zu erfassen, so liegt die tiefere Ursache darin, daß sie jetzt nach dem Pleßstrammell mit völlig unzulänglichen finanziellen und agitatoren Mitteln die Parteiorganisation erneuert aus dem Boden stampfen mußte.

Nach den Wahlen, die für uns Kommunisten nur ein Auftakt waren, die Massen aufzurufen, und um das Banner des Klassenkampfes zu sammeln, werden wir an die Erfüllung dieser historischen Aufgabe mit umso größerem Eifer herangehen.

Die Arbeiter Augsburgs marschieren geschlossen gegen die Faschisten.

Am Sonntag abend hatten die Hakenkreuzler und Nationalsozialisten in Augsburg eine öffentliche Versammlung einberufen. Die Versammlung sollte zur Juden- und Kommunistenhege benutzt werden. Bewaffnete Abteilungen der Nationalsozialisten waren bereitgestellt, ebenso war Polizei aufgeboten zum Schutze der Versammlung. Die Arbeiterchaft Augsburg machte aber einen dicken Strich durch die Absichten der Hakenkreuzler. Der Versammlungssaal war von der organisierten Arbeiterchaft besetzt, die so wichtig aufmarschiert war, daß die Hakenkreuzler sich diesmal nicht zu rühren wagten. Es wurde von den anwesenden Arbeitern eine Versammlungsleitung gewählt. Dem Referenten der Nationalsozialisten wurde eine halbe Stunde Redezeit zugewilligt, die er mit hilflosem Gestammel ausfüllte.

In der Diskussion sprach von den Kommunisten Genosse Rüd., der unter dem Vorfall der anwesenden Arbeiter mit der Konturrevolution abrechnete. Auch Redner der Sozialdemokratie sprachen. Die Versammlung bildete den Anfang einer Selbsthilfe der Arbeiterchaft gegen die faschistischen Gewalttaten der letzten Wochen in Bayern. Die Arbeiter der übrigen Städte müssen sich das Auftreten der Augsburger Arbeiter zum Beispiel nehmen und den Faschisten das Handwerk legen.

Der Kampf in Düsseldorf von den Gewerkschaftsbürokraten abgewürgt.

Verraten, aber nicht besiegt!

Die zu erwarten war, haben die Gewerkschaftsführer den Kampf des Proletariats in Düsseldorf abgewürgt. Sie haben den Streik nun in die Hand genommen, um ihn abzuwürgen. Das haben sie in der gestrigen Gewerkschaftsvorstandssitzung bewiesen, indem sie, ohne die Betriebsräte zu fragen, den Streik abbrachen.

Anschließend an die Gewerkschaftsvorstandssitzung fand eine Vollversammlung der Betriebsräte statt, in der gegen zwei Stimmen eine Erklärung angenommen wurde. In der Erklärung heißt es:

Die Betriebsrätenversammlung erklärt nach eingehender Aussprache über die Lage: Die Gewerkschaftsverbände haben ihre Pflicht nicht erfüllt, sie hätten nach Lage der Dinge und aus dem Willen der Mitglieder gereicht zu werden, den soeben gestrigen Beschluß, der von der jugendgewerkschaftlichen Betriebsrätenversammlung einberufenen Vollversammlung der Betriebsräte, Proklamation des Generalstreiks, zu dem übrigen machen müßten. Das haben sie nicht getan, sie haben den Streik nicht durch die Entscheidung nicht, verpflichtet sich sogar den Antagonismus gegenüber, den Kampf schweigend abzuwürgen, ohne entsprechende Warnung in den Händen zu haben.

Nachdem die Gewerkschaftsverbände beschloßen haben, ohne auf die Betriebsräte zu hören, nachdem zahlreiche unorganisierte Streikende die Arbeit wieder aufgenommen haben, können wir als Betriebsräte dem Kampf nicht weitermachen.

Unserer Verantwortung wollen wir nicht, wollen wir alles darauf setzen, eine größere Zerschmetterung der Bewegung zu verhindern und deswegen daher in solcher Einmütigkeit den Willen des Kampfes.

Die Verantwortung für die Lage dieses Kampfes tragen die Gewerkschaftsverbände.

Die jugendgewerkschaftlichen Arbeiter werden angefordert, von ihren Vorständen die schnellste Einberufung von Mitglieder-versammlungen zu verlangen und die Entscheidungen zur Verantwortung zu ziehen. Kein Arbeiter darf durch Absicht aus der Gewerkschaft seinen Gefühlen freien Lauf lassen.

Die Vollversammlung der Betriebsräte betont besonders, daß nur durch das passive und selbstzerstörerische Verhalten der Verbände die Gewerkschaften noch überhaupt einen Kampf auf die Bewegung gewinnen konnten.

Die Erklärung enthält zum Schluß eine Appellation an die Arbeiter, die Arbeit wieder aufzunehmen, jedoch keine Aufregung zu heben.

letariat Italiens bezahlt jetzt für den Fehler, keine wirkliche und solide revolutionäre Partei geschaffen, die politische Macht nicht rechtzeitig erobert und der sozialdemokratischen Taktik, die keine politische Partei vergiftete gefolgt zu haben.

Die Kommunisten Italiens verharren noch weiter auf ihrem Kampfsystem und fühlen die Pflicht und die Verantwortung, das italienische Proletariat zu neuen Vorstößen zu führen.

Eine Versammlung der Kommunisten in Rom wurde von der Polizei mit der größten Brutalität gesprengt. In mehreren Ortschaften wurden sozialistische und kommunistische Funktionäre und Abgeordnete blutig geschlagen. Die Druckeret unserer Turiner Bruderorgans ist noch immer besetzt. Trotz des faschistischen Terrors gelang es aber unseren Turiner Genossen, eine öffentliche Versammlung der militärisch organisierten kommunistischen Verbände abzuhalten.

Die Kammergruppe der maximalistischen Partei hat beschloffen, an den Prinzipien des unersöhnlichen Klassenkampfes festzuhalten und im Parlament in diesem Sinne zu wirken.

Das englische Kapital mordet.

„Times“ meldet aus Johannesburg: Gestern wurden zwei Teilnehmer an den Unruhen in Johannesburg in Pretoria gehängt. Sie sangen auf dem Schaffot das Lied „Die rote Fahne“. Bis zum letzten Augenblick waren zahlreiche Begnadigungsgesuche bei der Regierung eingegangen. Am Donnerstag war in Johannesburg eine große Protestversammlung abgehalten worden, bei der ein Polizeibeamter von der Menge schwer verletzt wurde. Die Erbitterung über die Ablehnung des Gnadengesuches ist „Times“ zufolge, unter den Arbeitern außerordentlich groß.

Wie berichtet wird, wurden vier gefangen genommene irische Irreguläre heute auf Befehl eines Militärgerichts des irischen Freistaats gehängt.

Das englische Kapital führt in Südafrika zur Sicherung seiner Goldgruben und in Irland zur Niederdrückung des Freiheitskampfes das furchtbarste Heerregiment ein. In Südafrika wurden infolge der Streikbewegung im März dieses Jahres schon eine ganze Reihe revolutionärer Arbeiter zum Tode und zu lebenslänglichem Gefängnis verurteilt. Auch in Australien wünscht das englische Kapital, dasselbe Regiment einzuführen. In Melbourne wurden 365 streikende Arbeiter verhaftet, die ebenfalls mit schweren Strafen bedroht werden. Obwohl die kommunistische Presse auf dieses Heerregiment aufmerksam machte, haben die sozialdemokratischen Regierungsparteien, die die Möglichkeit gehabt hätten, durch ihre Regierungen auf England einen Druck auszuüben, nicht einmal den Versuch unternommen, die englischen Kameraden vor dem Tode zu retten.

Verschmelzung der Republik des Fernen Ostens mit Sowjetrußland.

Nach einer Meldung der russischen Telegraphenagentur aus Schita faßte die gesetzgebende Körperschaft der Republik des Fernen Ostens nach eingehender Besprechung der Lage einstimmig den Beschluß, sich aufzulösen und die Vereinigung mit Sowjetrußland zu vollziehen. Es wurde ein aus sieben Mitgliedern bestehender revolutionärer Ausschuss errichtet und 15 Abgeordnete zum Allrussischen Rätekongress gewählt. Die Bevölkerung begrüßte diese letzte Aktion der Gesetzgebenden Körperschaft mit Begeisterung.

Drei Menschen

Roman von Maxim Gorki.

Er sank schwer auf den Stuhl, nahm seinen Kopf in die Hände und begann laut zu schluchzen, während sein ganzer Körper in Bewegung geriet. Verächtlich, der ihn beim Niedersinken gestützt hatte, goß sich ein Glas Brantwein ein und sagte:

„Lach ihn weinen! ... Es ist gut, wenn ein Mensch noch weinen kann ... Auch Maschutka hat was abbekommen ... Ganz in Tränen gebadet war sie ... Die Augen kratz' ich ihm aus, schrie sie in einem Fort, he he! Da hab' ich sie zur Matzja gebracht ...“

„Was ist denn eigentlich passiert?“ fragte Ija.

„Das kann ich dir ganz genau erzählen ... verfluchte Verächtliche ... Es war ne ganz tolle Sache ... Serentij nämlich, dein Onkel, fing die Matzja an ... Mit einem Male sagt er zu Petruscha: Lach mich nach Kiew gehen, sagt er, zu den heiligen Nothelfern! ... Petruscha war damit ganz zufrieden, schon lange sieht ihm der Budel Serentij's in die Augen, und die Wahrheit zu sagen: er ist froh, daß Serentij geht ... Nicht immer ist ein Mitwäcker heimlicher Dinge angenehm, he he! ...“

„Na“, sagte er, „dann geh' nur und leg auch für mich bei den heiligen Nothelfern ein Wörtchen ein ... Und mit einem Male fängt Iafow an: Lach auch mich gehen, spricht er ...“

Verächtliche begann die Augen zu rollen, schnitt eine wilde Grimasse und rief, Petruscha nachschmend, mit rauher Stimme:

„Ba-a-as willst du?“ ... Zu den heiligen möchte ich mit dem Onkel ... Das heißt — wie's denn? ... Ich möchte, spricht Iafow, gleichfalls für dich beten ... Da fängt Petruscha an zu brüllen: Ich will dich beten lehren! Und Iafow bleibt immer bei seinem: Lach mich gehen! Das Gebet des Sohnes für die Sünden des Vaters ist Gott angenehm ... Wie ihm da Petruscha eine ins Maul pfefferte ... und noch eins ... und noch eins ...“

„Ich kann mit ihm nicht zusammenloben“, schrie Iafow. „Ich geh' fort! Ich häng' mich auf! Warum hat er mich geschlagen? He, warum? Es kam mir von Herzen, was ich sagte ...“

Ija ward es schwer ums Herz von diesem Schrei, und indem er ratlos mit den Achseln zuckte, verließ er den Keller. Die Nachricht, daß der Onkel eine Pilgerschaft antreten wolle, war ihm angenehm: geht der Onkel fort, dann wird er auch endlich dieses Haus verlassen, wird sich ein kleines Zimmerchen für sich nehmen und sein eigener Herr sein ... Als er seine Kammer betrat, empfand gleich hinter ihm

Gewerkschaftsbewegung.

Die Eisenbahner erheben die Stimme.

Sie fordern Kontrollorgane.

Vom Bezirksbetriebsrat der Reichsbahndirektion Breslau erhalten wir folgende Resolution zur Veröffentlichung angelandt:

Entschloßung!

In der Vollziehung des Betriebsbetriebsrates am 18. 11. 22 wurde zu der wirtschaftlichen Notlage der Eisenbahner Stellung genommen. Die Not wird in letzter Zeit immer unhaltbarer durch die zu geringe Lohnaufbesserung. Die Eisenbahnbediensteten stehen gegenwärtig gegenüber den Privatarbeitern mindestens ein Drittel im Lohne zurück und fordern unbedingt baldige der Forderung entsprechende Lohn-erhöhung sowie Zahlung eines einmaligen Betrages von mindestens 15 000 Mark.

Steigerung der Lebenshaltungskosten.

In der Woche vom 7.—13. November 1922 betrugen die Ausgaben einer Familie, bestehend aus Mann, Frau und zwei schulpflichtigen Kindern, die nötig sind, um etwa so leben zu können, wie es den Arbeitern in der Vorkriegszeit möglich war:

für Nahrung	14 336,12 Mark
für Kleidung, Wohnung, Heizung, Beleuchtung, Fahrgehalt usw.	5 521,12
für 8 Prozent Steuern	1 588,58

Zusammen 21 445,82 Mark

Die Steigerung von über 2600 Mark gegen die Vorwoche beruht auf der unauthoritären wucherischen Verteuerung sämtlicher Lebensmittel, besonders aber von Fleischwaren aller Art, Butter und Margarine, von Eiern, Kaffee, Marmelade, Milch, Mehlzubehörs, Gemüse, Fisch, Hülsenfrüchten und Kaffeesatz. Hinzu kommt, daß sich die Ausgaben für Schuhe, Leibwäsche, Fahrgehalt, Schuhreparaturen und Lektüre in der letzten Woche nicht unerheblich verteuert haben.

In der Vorkriegszeit waren zur Bestreitung der von uns als Grundmenge aufgestellten Ausgaben 32,78 Mark nötig. Gegen den Durchschnitt 1913/1914 sind die Lebenshaltungskosten also um das 654fache gestiegen.

Gemessen am proletarischen Existenzminimum von Berlin ist die Mark nur noch 1/4 Pfennig wert.

Der Bezirksbetriebsrat ist von den örtlichen Betriebsräten benachrichtigt worden, daß sie, wenn nicht bald der Forderung entsprechende Zulagen bewilligt werden, nicht mehr in der Lage sind, ihre Gesetzpflichten zu erfüllen, 1. für Wirtschaftlichkeit und hohe Arbeitsleistung Sorge zu tragen, 2. den Betrieb vor Erschütterungen zu bewahren, zumal die Beunruhigung unter den Eisenbahnarbeitern immer größere Formen annimmt.

Auch ist es unbedingt notwendig, daß Geldzuwendungen für invalide Eisenbahner, deren Witwen und Waisen bald gemacht werden, da diese mit ihren lächerlich geringen Renten dem Hungertode nahe sind.

Wir verlangen Verbesserung der Sozialrentenbezüge auf derselben Basis als die Beamten pensioniert werden.

In letzter Stunde ersuchen wir die R. B. D. dem Reichsverkehrsministerium von dieser unhaltbaren Lage Bericht zu erstatten und diese Forderungen der Eisenbahnbediensteten weiterzugeben, daselbst verlangen wir von der Bezirksleitung des Deutschen Eisenbahnerverbandes bezgl. Weitergabe an den Hauptvorstand.

Zum Schluß verlangen wir von den maßgebenden Stellen, zu veranlassen, daß dem unerhörten Mißstand endlich mit aller Konsequenz durch die schärfsten Maßnahmen ein Ende bereitet wird und dementsprechende Kontrollmaßnahmen einzusetzen.

Der Bezirksbetriebsrat der Reichsbahndirektion Breslau. Die Forderungen der Eisenbahner sind eindeutig und klar. Es sind die Forderungen, die heute vom gesamten Proletariat erhoben werden müßten.

Ausreichende, der Forderung angepaßte Bezahlung, Zahlung einer einmaligen Wirtschaftshilfe zur Anschaffung von Kleidern und Kohlen für den Winter.

Schärfste Belämpfung des Mißbrauchs unter Mitwirkung proletarischer Kontrollorgane.

Die Arbeiterschaft darf es aber nicht bei diesen Forderungen lassen. Sie muß diese durch ihren Kampf in die Wirklichkeit umsetzen.

Der Breslauer Magistrat als Unternehmer.

Warnung für Angestellte.

Uns wird geschrieben: Wir halten nachstehenden Vorgang für wichtig genug, um ihn sämtlichen Angestellten zur Warnung und der Öffentlichkeit zur Kritik über das hierbei von Seiten einer Behörde angewandte Verfahren ohne Kommentar zu übergeben:

Der beim Magistrat Breslau seit März 1919 beschäftigte Techniker A. wurde wegen Abbaus der Dienststelle Ende März 1922 zum 30. September gekündigt. In dem im April 1922 stattgehabten Schlichtungstermin wurde die Entscheidung verlagert, um dem Schlichtungsausschuss zu gegebener Zeit die Möglichkeit zu geben, den angegebenen Arbeitsmangel als Grund für Entlassung am 30. September prüfen zu können. Bevor diese Entscheidung gefällt wurde, wurde bereits im Mai 1922 Herrn A. folgender Schriftsatz zur Anerkennung durch Unterschrift vorgelegt:

„Borgeladen erscheint Herr A. und erklärt:

„Mir wurde eröffnet, daß eine Weiterbeschäftigung beim Magistrat bis 31. 12. 22 genehmigt wird, daß die Kündigung jedoch nicht zurückgenommen, sondern bestehen bleibt.“

Ich erkenne ausdrücklich an, daß das Beschäftigungsverhältnis nach wie vor gekündigt bleibt und ich jederzeit, spätestens aber am 31. 12. 1922 entlassen werden kann.“

Der Vertreter des Magistrats fügte noch hinzu, daß er ein entsprechendes Gesuch an den Magistrat für Herrn A. eingereicht habe und daß dieses nunmehr genehmigt sei. Herr A. war durch diese Mitteilung zunächst freudig erregt und unterschrieb bedauerlicherweise, ohne sich den Revers gewöhnlich durchzulesen. Als am 17. Oktober 1922 jedoch Herr A. seine Dienststelle aufsuchte, wurde ihm dort von Herrn Oberstadtkretar A. eröffnet, daß er entlassen sei und seine Dienstgeschäfte nicht mehr aufzunehmen habe. Zugleich wurde ihm ein weiterer Revers zur Unterschrift vorgelegt, nachdem er seine Entlassung nochmals anerkennen sollte. Als sich Herr A. mit der Begründung, erst seine Organisation zu Rate zu ziehen, zu unterzeichnen weigerte, wurde ihm von Herrn Oberstadtkretar A. bedeutet, daß er das Zimmer vor Unterzeichnung des Reverses nicht verlassen dürfe.

Der baldigst angerufene Schlichtungsausschuss der Stadt Breslau erklärte, in der Angelegenheit einen Schiedspruch nicht fällen zu können, da sie vor das ordentliche Gericht gehöre, schlug aber folgende Einigung, auf welche der Vertreter des Magistrats einging, vor:

„Der Magistrat verzichtet auf die weiteren Dienste des Herrn A., zahlt jedoch das Gehalt bis zum 30. Dezember 1922 fort.“

Es kann den Angestellten nach diesem Vorgang nicht dringend genug empfohlen werden, keinesfalls Unterschriften unter irgendwelche Revers, sei es von Privatfirmen oder Behörden, zu leisten, bevor sie nicht die für sie zustehende Organisation um Rat befragt haben.

Bund der technischen Angestellten und Beamten. Gauverwaltung Schlesien.

Es erscheint uns angebracht, daß die sozialdemokratischen Stadtverordneten (die ja in Breslau die Mehrheit haben) sich einmal um die Sache kümmern. Denn die Empfehlung an die Angestellten wird nichts nützen, den Magistrat von seinen Unternehmerrisiken abzurufen, wenn nicht von den Arbeitervertretern im Stadtparlament (und das wollen ja die Sozialdemokraten sein) der nötige Druck dahintergemacht wird.

Die Gewerkschaften Elsaß-Lothringens haben in ihrer Konferenz den endgültigen Anschluß an das Pariser Rote Gewerkschaftsstatut und somit an die Rote Gewerkschaftsinternationale vollzogen.

Das Elend der Heimarbeiterinnen.

Wie gerade die Heimarbeiterinnen ausgebeutet werden, zeigt folgender Fall: Eine ältere Witwe näht für einen Zwischenmeister Hosen. Sie liefert in der Woche 28 Stück und erhält dafür einen Wochenlohn von 622 Mark. Dabei muß die Frau, wenn sie die 28 Hosen fertig bringen will, wöchentlich einen Liter Petroleum für 280 Mark verbrennen.

Onkel Serentij. Sein Gesicht hatte einen frohen Ausdruck, seine Augen glänzten lebhaft; seinen Budel schüttelnd, kam er auf Ija zu und sagte:

„Na, ich geh' also! O Herr, wie froh bin ich! Wie aus einem Keller, einer Höhle tret' ich in Gottes Welt hinaus ... Er wird also mein Gesicht nicht verschmähnen, wenn er es schon zuläßt, daß ich von hier fortgehe ...“

„Weißt du schon — was mit Iafow geschehen ist?“ fragte Ija trocken.

„Was denn?“

„Petruscha hat er sich ...“

„Was du sagst! Das ist nicht schön von ihm! So'n unvernünftiger Junge! ... Und dabei hat er den Vater noch gebeten, er solle ihn mit mir gehen lassen ...“

„Warst du dabei, wie der Vater ihn schlug?“

„Freilich war ich dabei ... Warum?“

„Na — begreifst du denn nicht, daß er sich eben darum betrunken hat?“

„Wirklich darum? Nicht möglich! ...“

Ija sah klar, daß Iafow's Schicksal dem Onkel höchst gleichgültig war, und das verstärkte noch sein feindseliges Gefühl gegen den Budlichen. Er hatte Serentij noch nie so freudig erregt gesehen, und diese Freude des Onkels, so unmittelbar nach Iafow's Tränen, berührte ihn ganz festsam.

Er setzte sich an das Feuer und sagte zum Onkel:

„So geh' doch in die Schenke ...“

„Dort ist Petruscha selber ... Ich muß mit dir reden ...“

„So? Wovon denn?“

Der Budliche trat auf ihn zu und sprach geheimnisvoll:

„Ich breche bald auf. Du bleibst hier allein zurück, und das heißt ... nämlich ...“

„So mach doch rasch“, sagte Ija.

„Gleich, gleich ... Ich möchte nämlich ... es ist nicht leicht zu sagen ...“

„Sprech Serentij in gedämpftem Tone, während seine Augen blinzelten.“

„Willst du von mir reden — wie?“

„Ganz recht ... auch von dir ... Aber zunächst mal ... ich hab' nämlich etwas Geld gespart ...“

Ija sah ihn an und lachte boshaft:

„Was ist denn? Warum lachst du?“ rief der Onkel erschreckend.

„Nichts weiter ... Na, also, du hast Geld gespart ...“

Ija betonte das Wort „gespart“ ganz besonders.

„Ja, so ist's ...“ sagte Serentij, ohne ihn anzusehen.

„Zweihundert Rubel will ich dem Kloster stiften ...“

„So ...“

„Und hundert dir ...“

„Hundert?“ fragte Ija jäh. Und mit einem Male ward ihm klar, daß auf dem Grunde seiner Seele schon

lange die Hoffnung lebte, der Onkel würde ihm nicht hundert Rubel, sondern eine weit größere Summe schenken. Er ärgerte sich zugleich über sich selbst, daß er einer so häßlichen, berechnenden Erwartung in seinem Herzen Raum gab, wie über den Onkel, der ihm so wenig schenkte. Er stand vom Stuhl auf, richtete sich hoch empor und sagte voll Trost und Hoffnung:

„Ich mag dein gestohenes Geld gar nicht ... verstanden?“

Der Budliche wich erschrocken zurück und sank auf sein Bett — ganz bleich und elend. Sein Haar sträubte sich empor, sein Mund stand offen, und schweigend, mit stumpfsinniger Furcht in seinem Blicke, schaute er auf Ija.

„Na — was guckst du mich denn so an? Ich brauch' dein Geld nicht ...“

„Herr Jesus Christus!“ krächzte Serentij heiser — warum denn nicht, mein Lieber ... warum nicht? ... Ijuscha! Du warst mir wie ein Sohn ... fuhr er nach kurzer Pause im Flüsterton fort. „Ich hab' doch nur ... für dich ... aus Angst um dein Schicksal ... die Sünde auf mich genommen ... Nimm das Geld ... nimm's ... Sonst wird mir der Herr nicht verzeihen ...“

„So — o — o!“ rief Ija spöttisch. „Mit nem Rechenbrett in der Hand willst du vor Gott treten! ... Ach, ihr ... Hab' ich dich gebeten, das Geld des alten Serentij zu nehmen? Was war das für ein guter Mensch, den ihr da bestohlen habt!“

„Ijuscha! Du hast auch nicht gebeten, daß du geboren werdest ...“ sprach der Onkel, indem er mit lächerlicher Miene die Hand nach Ija ausstreckte. „Nein, nimm du ruhig das Geld ... um Christi willen! Um meiner Seelenrettung willen ... Komm' ich zurück — dann bekommst du alles ... Und vorläufig — nimm das ... Mein Teurer! Gott wird mir die Sünde nicht vergeben, wenn du das nicht nimmst ...“

Er bettelte förmlich, seine Lippen bebten, und in seinen Augen lag der Ausdruck des Schreckens. Ija schaute ihn an und ward sich nicht klar darüber, ob ihm der Onkel eigentlich leid tat oder nicht.

„Na, schon! Ich will's nehmen ...“ sagte er schließlich und ging gleich darauf aus dem Zimmer. Es war ihm peinlich, daß er dem Onkel schließlich nachgegeben hatte — er kam sich selber dadurch erniedrigt vor. Was sollten ihm schließlich hundert Rubel? Was konnte er groß mit ihnen anfangen? Ja, wenn ihm der Onkel so tausend Rubel statt hundert geboten hätte, dann wäre er instand gewesen, sein unruhiges, düsteres Dasein in ein besseres umzuwandeln, das fern von den Menschen in ruhiger Einsamkeit dahingestohlen wäre ...

(Fortsetzung folgt.)

Steuern werden ihr von diesem Wochenlohn 150 Mark und 24 Mark Krankengeld abgezogen. Mitlin verbleiben der Frau ganze 188 Mark zum Leben. Dafür kann sich die Frau gerade ein vierstündiges Brot und einen Hering kaufen. Das ist alles, was sie bei angestrengter Arbeit in der Woche essen darf. Dabei hat sie noch kein Geld für die Miete und muß in kalter Stube nähen.

„Ihr hemmt uns, doch ihr zwingt uns nicht!“
Wie aus Rom gemeldet wird, hat die maximalistische Kammergruppe beschlossen, unter der Arbeiterchaft eine Sammlung für das Wiedererschließen des „Abanti“ zu veranstalten; dessen Rotationsmaschinen von den Fasziisten schwer beschädigt wurden.

Aus der Partei.

An alle Ortsgruppen! An die Vertreterinnen der F. A. K.
Am Sonnabend, den 25., Sonntag, den 26. November, Sonnabend, den 2., und Sonntag, den 3. Dezember, findet in Breslau (Lokal wird noch bekanntgegeben), ein **Frauentag**

statt, den unsere Genossin Martha Schlag-Cheminich abhalten wird.

Wir erlauben alle Ortsgruppen und F. A. K., daß aus jedem Ort mindestens eine Genossin delegiert wird. Für Unterkunft sorgt die Ortsgruppe Breslau. Die Kosten der Delegation müssen die Ortsgruppen tragen.

Dieser Kurstag wird für unsere Genossinnen sehr vieles geben und ist daher jede Ortsgruppe verpflichtet, eine Genossin zu entsenden, um endlich auch hier auf diesem Gebiete gründliche Arbeit zu leisten.

Die Bezirksleitung. W. Franen.

Breslau. Unser täglich Brot gib uns heute...

Nachmittags gegen 5 Uhr am Cafe J. In das Auf- und Abgewoge der „Auch-Arbeiter“ kommt plötzlich eine Störung. Um eine auf dem Fußwege zusammengebrochene Frau häuft sich eine Menge neugierige Blicke. Lange Mäule bemühen sich, aus Pelzen hervorzutauschen. Man will das Elend wenigstens mit einem Plide gewürdigt haben.

Endlich bricht sich einer Bahn durch die Front der „Zatmenchen“ und neigt sich zu der am Boden liegenden Frau.

„Vor Hunger umgefallen“, wendet er sich an die Umstehenden.

Erkaunte, verständnisvolle Gesichter! „Vor Hunger umgefallen“, das kann doch kaum möglich sein! Man kann sich doch alles kaufen und die Arbeiter verdienen gerade genug Geld! Stille wachsame Herren mit zugedrückten Lippen glauben besonders ihren Charakter zeigen zu müssen.

„Das wissen Sie wohl!“ Und lächeln überflüg den Fremden an.

„Ich als Arzt werde es wohl besser wissen als Sie!“ entgegnet der Angezogene in bestimmtem Tone.

Die Für des Schokoladengeschäfts nickt sich, und eine Verkäuferin fragt, was denn los sei. Der Arzt verlangt etwas zu essen für die Frau.

„Bei uns gibt's nichts.“ Gleich darauf kommt ein Herr aus dem Laden und bringt der Frau ein Glas Kognak.

Die Frau hat sich für den Augenblick erholt, und mit Dank zieht sie ihres Weges, am vielleicht am anderen Tage wieder irgendwo zusammenzutreffen.

Genossin! Machen wir doch endlich dem Schlemmerleben der belagerten Klasse ein Ende! Entweder wir hungern alle — oder keiner!

Die reaktionäre Straßenbahnbewirtschaftung und der Betriebsrat.

Ein Straßenbahner schreibt uns:
Ein Kollege wurde vom Oberkassierer Kofchate deswegen bei der Bewirtschaftung angezeigt, weil er eine Wochenkarte von der 31. Woche in der 42. Woche als Letzte Fahrt in der Karte gebucht hatte. Es war während der Betriebszeit. Der Kollege wurde mit 5 Mark Geldstrafe von der Bewirtschaftung bestraft. Der Kollege wendet beim Betriebsrat ein, daß die Strafe hoch sei, und ein Beweis vollkommenes gänzlich hätte, da er noch nie bestraft ist. Daraus erwiderte Betriebsrat Kollege Winter, er habe nichts dagegen zu tun, weil an diesem Tage so sehr viel Waggons eingekommen waren und deswegen die Bewirtschaftung auf dem Standpunkt hand, daß derartige Verstöße des Fahrpersonals während zu bestrafen seien. Er liehe jetzt Gefahr, daß die Bedienung der Waggons immer schlechter und unzuverlässiger würde. Der Kollege machte also die Strafe bezahlt.

Der Oberkassierer Kofchate ist ein Reaktionär von reinster Wasser und der von Jahresurlaub mögliche Vorgänge. — Es wäre an der Zeit, daß die Straßenbahner mit ihrem Mittelständlichen Straßengeräte anräumen.

Kommunistischer Hilfsdienst.

Für Mittwoch, den 22. kommen zum Schluß die Genossen Edmund Kubers, Robert Müller, Dejez, Martin und Oskar Hoffmann, Richard Wondra, Paul Peter, Finger, Berner, Föhner, Richard Berner, Hugo Kiesel, Erdmann, Carl, Paul, Burt, Daniel.

Für Donnerstag, den 23. November kommen folgende Genossen zum Schluß: Friedrich, Bogt, Heinrich, Rebeke, Karl, Carter, Heinrich, Berner, Linnemann und der Genosse Kai. Außerdem lassen sich ein Oberster melden, da einige Arbeiten zu verrichten sind.

Groß-Rochberg.

Der Staat hat in allen Tagen, als nämlich in der Schule die Kinder heranzubilden und, wie es so Kinderart ist, welche Dummheiten machen. Doch sie haben nicht gelernt, sie wohl nicht weiter voranzukommen. — Leine Arbeiter, große Mißtrauer. Der Herr Lehrer hat sich in jeder Stunde bemüht und hat zum Auszubereiten. Dieser, der als SPD-Mann ein trauer Hüter jeglicher Staatsautorität ist, handelt sofort die anstehenden Organe des Staates nach der Seite des gewöhnlichen Beherrschers. Mit der schrecklichen Fiktion der Ordnung ist nach der Schule und erfüllt sie, wie die Anweisung des Schullehrers nach Schlußzeiten im Alter von 15 Jahren für verfallen. Sie wurden sofort (Handlung?) zu 2 Stunden Arbeit verurteilt und in das Ortsgruppenrat zur Verbannung ihrer Strafe geführt. Auf ihr Heulen und Klagen wurden die beiden „Berührer“ bestraft und nach einer halben Stunde hat wieder entlassen. Der Herr der Schule wurde ihnen entlassen. — Schützen sich die Rochberger Polizeiorgane nicht, eine solche Souveränität aufzugeben?

Fellhammer.

Auch eine Ursache der steigenden Verelendung.

Das schwere Los des Bergarbeiters, der 7 Stunden unter der Erde für den Profit des Unternehmers schuftet, wirkt sich in der jetzigen Not besonders aus. Die Verhältnisse haben es mit sich gebracht, daß durch den hohen Stand der Fuhrwerkspreise die Arbeiter sich gezwungen sahen, die acht Zentner Kohle selber zu holen. Täglich sieht man jetzt Gruppen von 4-5 Mann, nach des Tages Mühe vor einen Handwagen gespannt, sich abradern. Besonders schwierig haben es die Arbeiter aus Ostpreußen und Fellhammer. Die Grubenverwaltung hat sich großmütig bereit erklärt, Handwagen zur Verfügung zu stellen.

Kameraden, Bergarbeiter! Erkennt doch endlich mal die wahre Ursache. Nicht allein die hohen Fuhrwerkspreise, sondern einzig und allein unsere erbärmlichen Hungerlöhne tragen die Schuld daran. Indem wir von einer Woche zur anderen auf ein Resultat warten, steigt der Dollar; steigen die Preise um Doppelte. Unsere Forderung an die Betriebsräte betraf eine Delegationssammlung nach Sabotiert. Sehen wir uns alle dafür ein, endlich mal Stellung zu nehmen gegen die Verelendung, Stellung zu nehmen zum Reichs-Betriebsräte Kongress. Wir dürfen hinter unseren Kameraden von den anderen Gruben nicht zurückbleiben. Also vor allen Dingen treten wir alle für eine sofortige Delegationssammlung, die wir eigentlich jeden Monat zu fordern haben. Ein Bergarbeiter.

Dittersbach.

Ein Reinsfall der deutschen Kulturliga.

Eine gewisse Vaterlandspartei, die sich betitelt: Liga zum Schutze deutscher Kultur, schickt unentgeltlich ihre Posten ins Land hinaus, um bei der breiten Masse Stimmung zu machen für die Rettung Deutschlands und für eine bessere Zeit. So fand auch am 14. November 1922 im Gasthaus zum Tiefbau eine Versammlung statt. Das Einlassieren und die Versammlungsbildung mußte der Referent selber vornehmen, da sich keine echten deutschen Vaterlandsparteier wohl aus Freiheit nicht zur Verfügung stellten. Das Referat war, angelehnt der stark vertretenen Arbeiterschaft, ziemlich hoch gehalten. Der Referent empfahl nur immer wieder recht viel Vaterlandsliebe, dann würden sich die zerrütteten Verhältnisse in Deutschland wieder bessern. Da sich aber in der freien Aussprache eine Versammlungsleitung nötig machte, übernahm kurzer Hand Genosse Welzel die Leitung der Versammlung. Genosse Schulz, der als erster zu Wort kam, erklärte zuerst die Liga zum Schutze der deutschen Kultur und empfahl der Arbeiterschaft, niemals diesen Wölfen im Schafspelz glauben zu scheuen. Die weiteren Diskussionsreden traten ebenfalls in demselben Sinne auf. Als der Referent im Schlußwort verleumderisch gegen Rußland vorging, setzten die sehr zahlreich anwesenden Genossen mit dem Geang der Internationalen ein, die freundigen Anklagen bei der anwesenden Arbeiterschaft. Eine Sellenversammlung ergab noch 500 Mark für die Rote Hilfe. Auch wurden einige Neuannahmen in die Partei gemacht. In Dittersbach ist also für diese Dioden kein Blumentopf zu gewinnen. S. S.

Geibsdorf.

Kabate Eltern. Eine Mißhandlung eigener Kinder, die kaum überboten werden kann, hat das Ehepaar Hermann Müller von hier an den Tag gelegt. Das neunjährige Söhnchen wurde, trotzdem es das einzige Kind ist, des öfteren so verprügelt, daß das Kind in der Schule nicht mehr schreiben konnte mit seinen angeschwollenen Händen. S einmal hat das Kind sogar in einem Schuppen des Nachbarn aus Furcht vor Prügel in der letzten Novembernacht zugebracht. Ein Bergarbeiter nahm das Kind in diesem quälenden Zustande zu sich. Wurde Kränze, wunder Räden, Beulen am Kopfe, ein Ohr blau unterlaufen, das waren die äußeren Zeichen der Prügelei. Das Kind ist in ärztlicher Behandlung. Die Sache ist bereits dem Staatsanwalt übergeben.

Rußlandhilfe.

- Es gingen ein: Breslau, a Konto Jtg. 1000.— Mk., Altwasser, Broßhüren 90.— Mk., a Konto 50.— Mk., Breslau a Konto 1200 Mk., Vieban 142.50 Mk., Waldenburg a Konto 356.75 Mk., Dittersbach 85.50 Mk., Driemendorf (Samml. durch Delfner) 81.50 Mk., Sammlung durch Gen. Duzjed Breslau 100.— Mk., Freiburg (Jtg. Nr. 11) 713.— Mk., Broßhüren 114.— Mk., Altwasser a Konto 30.— Mk., Sammet Breslau 500.— Mk., Rube und Herzog Breslau 50.— Mk., Franz, Waldenburg 700.— Mk., Altwasser a Konto 500.— Mk., Gahr Breslau 15.— Mk., Verba Franz 190.— Mk., Landesbut 36.65 Mk., Anna Hofe Siegen 50.— Mk., Nege Breslau 100.— Mk., Ober-Herrnsdorf a Konto 658.— Mk., Altwasser a Konto 85.— Mk., Schmidtberg a Konto 158.— Mk., Ewela Jtg. 190.— Mk., Langenbielau Jtg. 264.— Mk., Viebau a Konto 450.— Mk., Freiburg (Jtg. Nr. 12) 1435.— Mk., Breslau a Konto 3000.— Mk.

Genossinnen und Genossen!

Die Sammelaktion darf nicht eingestellt werden, da die Arbeiterschaft die Verpflichtung übernommen hat, für 20000 russische Waisenkinder die Unterhaltungslohn zu tragen. Nach ausstehende Beträge für Zeitungen, Broschüren, Karten und Karten sind umgehend einzulösen (Postfachkonto Nr. 12977). Gewonnene Beträge und Landbesitzungsgeräte werden ebenfalls noch gern angenommen.

Das Bezirkskomitee Schließen der Arbeiterhilfe für Sowjetrußland.
J. A. Oswald Scholz,
Breslau 13, Augustastr. 123.

Neue kommunistische Literatur.

„Von den im Hinterland von erdigenen Schriften seien heute die Partisanen auf die Probe zu setzen.“ Spitzel hingeworfen, die in den Kampf der politischen Polizei gründlich hineingeschaut. Schon der Vortrag zeigt eine Zustimmung, die geradezu das Urbild einer Streikbewegung in ihrer gesamten Niedrigkeit zum Ausdruck bringt. In der Hand altenhandigen Amerikas enthält sich was nicht nur eine festsitzende Personalbeschreibung dieser Klassen Stügen der Gesellschaft, die oft auch aus höchsten Regimen kommen, sondern wir erleben in diesem Zusammenhang gleichzeitig auch einmal den Verfall und den Zerfall der revolutionären Bewegung bis zum heutigen Tage. Gerade auch die sozialdemokratischen Regierungen sind bedrängt und bedrängt sich dieser ehrenwerten Aufgabe mit Hilfe im Dienste der Polizei. Die Phantasiegebilde eines Sozialdemokratischen Verfalls vor den Mänteln dieser Spitzel und Spione, wie sie in der Geschichte der Arbeiterbewegung an der Hand der Deutschen aufgeführt sind. Das Spitzel bis zum Spitzel ist nur ein Spitzel. Vom Polizeistatistiker, der in kaiserlichen Reihenstand des Jahres 1895 und in dem an allerhöchsten Punkte mit größter und geschickter Bedienung arrangiert. Dieser Sozialdemokratische des Jahres 1891 als strecker Spitzel prandierte, bis zum heutigen Tagungsjahr des Spitzels. Bedauern ist sich ein Bild in den kaiserlichen Mänteln der Beherrschung. Als die Sozialdemokratie nach nicht Regierungspartei war, hatte ihr in diesen Tagen sehr bedeutender Gegenstand in einer Schrift über „Polizeispitzeler und Arbeiterbewegung“ klar abgegrenzt. Aber unser Material ist heute noch viel reicher: ab

es sich um den amtlichen Spitzelapparat, um Betriebspiloten oder andere dunkle Ehrenmänner handelt, sie marschieren im Parade vor uns auf und zeigen, daß die kapitalistischen Mächte und Werkzeuge einander wert sind. Ein fauler Körper zeigt die Verelendungsercheinungen und wir müssen sie in der gegenwärtigen „Staatsordnung“ kennen lernen, um den Kampf mit den verklumpten Elementen, durch Kenntnis gewappnet, aufnehmen zu können.

Das für jeden Arbeiter lebenswerte Büchlein dient zu einem nicht geringen Teil der Säuberungs- und Befreiungsaktion des Proletariats.

Briefkasten.

Dittersbach. Freireligiöse Gemeinde. Anzeige ging zu spät ein.

Neudorf. E. A. Bericht von der Versammlung vom 9. ist zu verfallen.

Ohlau. Genossin Emma W. Artikel über Schnapsverbot kann wegen Platzmangel leider nicht gebracht werden.

Langwalsdorf. Bericht von der Funktionärs-Tagung des Bergarbeiter-Bandes kann wegen Raummangel und weil er veraltet ist, leider nicht gebracht werden.

K * P * D

Kommunistische Partei Deutschlands (Bez. Schließen)

Bezirksleitung:

Alte und Kasse: Breslau, Nikolaistr. 49/50, Fernsprecher Ring 8887.
Adresse: Alfred Delfner, Breslau 1, Nikolaistr. 49/50, Postfachkonto Breslau 58864, Alfred Delfner

Agitationskreis Breslau.

Agitationsleiter: Elysester Kaffanke, Breslau.

Breslau. Sämtliche kommunistischen Metallarbeiter erscheinen zu einer äußerst wichtigen Sitzung im Parteilokal, Nikolaistr. 49/50, am Donnerstag, den 23. November, abends 7 Uhr, pünktlich und vollzählig. Kein Genosse darf fehlen.

Distrikte 12, 13, 14, 15. Freitag, den 24. November 1922. Abteilungsversammlung im Distriktslokal Jobststraße 26. Referent anwesend. Tagesordnung wird in der Versammlung bekanntgegeben.

Agitationskreis Striegau.

Agitationsleiter: August Weimann, Striegau.

Rönigszeit. Sonnabend, den 25. November, abends 8 Uhr, Mitgliederversammlung im Gasthof zum Friedriehsdenkmal (Vereinsszimmer). Kommunistische Jugend und sympathisierende Jugendgenossen sind dazu besonders eingeladen. Vollzähliges Erscheinen ist kommunistische Pflicht.

Agitationskreis Langenbielau.

Agitationsleiter: Franz Reichel, Langenbielau.

Neurode. Sonntag, den 26. November, vormittags 10 Uhr in Hausdorf, Offentl. Volksversammlung. Vorbereitungsgruppe Abmarsch Sonnabend nachm. 3 Uhr „Weißer Bod“. Agitationsgruppe Abmarsch Sonntag früh 6 Uhr vom „Weißer Bod“. Genossen auf zur Arbeit. Zeitungen mitbringen. Lokal wird bekanntgegeben.

Agitationskreis Waldenburg.

Agitationsleiter: Vinzenz Boma, Ober-Herrnsdorf.

Oberes Revier.
Alt-Paffig. Sonntag, den 26. November, Generalversammlung in Wöhms Brauerei, nachm. 4 Uhr. Pflicht eines jeden Genossen ist, zu dieser wichtigen Versammlung zu erscheinen. Erweiterung des Kontrollauschusses!

Kommunistische Jugend.

Bezirksleitung: Max Gläser, Breslau 1, Nikolaistr. 49/50, Postfachkonto: Breslau 67595, Max Gläser.

Achtung! Ortsgruppen! Die Konferenz der Bildungsobleiter der K. J. findet aus technischen Gründen nicht Sonntag den 26. d. Mts. sondern erst Sonntag, den 3. Dezember in Waldenburg statt. Lokal wird noch bekanntgegeben.

Agitationskreis Breslau.

Agitationsleiter: Gotthard Hoffmann, Breslau, Ufenstraße 80.

Breslau. Freitag, den 24. November, abends 7 Uhr, wichtige Funktionärsversammlung im Minoritenhof. Jeder Funktionär sowie Zehngruppenführer muß erscheinen.

Schanzspielhaus.

156 Operntheater.
Telefon Nr. 2545
Donnerstag 7 1/2 Uhr.
Freitag 7 1/2 Uhr.

Prinzessin Olala

Freitag 7 1/2 Uhr.
Ein Walzertraum
Sonnabend 7 1/2 Uhr
zum 1. Male:
Die Königin
von Montmartre

Herrn-Anzüge nach Maß

mit u. ohne Stofflieferung kreuz preiswert.
Schneidersstr. 51, Laden
Reparatur und Anfertigung sämtlicher Herren- u. Damen-Garderobe

Schneiderstr. 51, Laden

Widerruf!

Die für Donnerstag angesagte große öffentliche Volksversammlung fällt aus und findet dafür Montag, den 27. November abds. 7 1/2 Uhr im Kronprinz statt.

Union der Hand- und Kopfarbeiter Ortsgruppe Breslau.

Laserte in der Schlessischen Arbeiter-Zeitung haben stets Erfolg!